Information des Bürgermeisters

63. Sitzung des Gemeinderates vom 11. September 2018

04. Oktober 2018 Veröffentlichung an der Anschlagtafel beim Rathaus

04. Oktober 2018 Zustellung an die Abonnenten

Information des Bürgermeisters

63. Sitzung des Gemeinderates vom 11. September 2018

Überbauungsplan „Schwefel“ Erlass

Ausstand:

Gemeinderat Manfred Bischof verlässt die Ratsstube für die Beratung und Beschlussfassung.

- Vorhaben: Überbauungsplan „Schwefel“
- Standort: Schwefelstrasse 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 21, 22 und 25,
Vaduzer Grundstücke Nrn. 883, 884, 894, 895, 905, 971, 1611,
1635, 1636, 1637, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646 und 2683
- Zone: Wohnzone W4 (Überbauungsplanpflicht)

Der Gemeinderat hat am 23. Februar 2016 die Einleitung eines Überbauungsplanverfahrens für das oben erwähnte Planungsgebiet genehmigt und am 19. April 2016 die erforderliche Auftragsvergabe an Verling & Partner AG, Vaduz, erteilt. Diese hat in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde, den Behörden und Grundeigentümern den vorliegenden Überbauungsplan vom 20. Juni 2018 erarbeitet.

Geplant ist, sämtliche bestehende Bauten in verschiedenen Etappen abzurechen sowie durch Neubauten mit hoher Dichte und Qualität zu ersetzen. Einzelne bestehende Häusergruppen werden bis dahin noch Jahrzehnte genutzt werden. Das Planungsareal ist in zwei Bebauungsgruppen aufgeteilt.

Der einzelne nördliche Wohnblock und die anschliessenden fünf Baukörper orientieren sich in ihren Kubaturen an die bestehende Liegenschaft der nördlich benachbarten Wohnbaugenossenschaft und an den bestehenden Hochhäusern südlich des Perimeters. Der nördliche Wohnblock mit vier Geschossen, sechs Wohneinheiten und ca. 14 m Gebäudehöhe eignet sich zur Integration des bestehenden Kindergartens und einer neuen Kindertagesstätte im Erdgeschoss. Zusammen mit den südlichen fünf 22 m hohen Wohnblocks mit jeweils sieben Geschossen werden insgesamt 80 Wohneinheiten mit 3 ½-Zimmer-Wohnungen zu 70 m² und 4 ½-Zimmer-Wohnungen zu 105 m² entstehen.

Gemäss Bauverordnung sind 161 Parkplätze (100 %) erforderlich. Das Amt für Bau und Infrastruktur (ABI) hat eine Reduktion auf 129 Parkplätze (80 %) vorgenommen. Damit kann auf ein sehr teures und im Grundwasser liegendes zweites Untergeschoss verzichtet werden. Dennoch kann ein solches auf freiwilliger Basis erstellt werden. Die Erschliessung der Einstellplätze erfolgt über drei unabhängige Rampenanlagen.

Einer der fünf geplanten Wohnblocks befindet sich auf den Grundstücken von vier Grundeigentümern und auf demjenigen der Gemeinde Vaduz (Vaduzer Grundstück Nr. 971). Hier eröffnen sich allen Grundeigentümern interessante Kauf- und Tauschoptionen.

Auf die am 17. Juli 2017 erfolgte Grundeigentümerinformation sind keine projektablehnenden Rückmeldungen eingegangen.

Im gegenständlichen Überbauungsplan sind die Durchfahrtsrechte der Sammelparkierungsstrassen festgelegt, welche ausschliesslich auf Kosten der Grundeigentümer zu erstellen sind. Zwischen Grundeigentümern, über deren Liegenschaft die Sammelparkierungsstrasse inkl. der Rampenanlage führt und Grundeigentümern, denen die auf Liegenschaften Dritter erstellte Sammelparkierungsstrasse als Zufahrt dient, besteht das Recht und die Pflicht zur angemessenen Vorteilsausgleichung nach Massgabe der noch zu erstellenden Bestimmungen eines Reglements.

Die Bau- und Planungskommission befürwortete anlässlich ihrer Sitzung vom 27. Juni 2018 den nachfolgenden Antrag.

Diesem Antrag liegen bei:

- Überbauungsplan „Schwefel“ vom 20. Juni 2018 bestehend aus:
 - Sonderbauvorschriften und Überbauungsplan sowie den Beilageplänen
 - a) 1. Untergeschoss
 - b) 2. Untergeschoss
 - c) Schnitt 1 und Fassaden
 - d) Grundrisse und Schnitt
 - e) Statischer Fensterschutz
 - f) Umgebung
 - g) Parkierungsnachweis
 - h) Liegenschaftsentwässerung Situation (20. Juni 2017)
 - i) Liegenschaftsentwässerung Schnitt A/B (20. Juni 2017)
 - j) Nachweis Höhenlage Decke 1. UG
 - k) Modellfotos sowie dem
 - Planungsbericht mit Anhang 1 und 2

Antrag:

1. Der Gemeinderat erlässt auf der Grundlage von Art. 21 Abs. 1 Baugesetz den Überbauungsplan „Schwefel“, Vaduzer Grundstücke Nrn. 883, 884, 894, 895, 905, 971, 1611, 1635, 1636, 1637, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646 und 2683 bestehend aus dem Plan, den Beilageplänen und dem Planungsbericht vom 20. Juni 2018.

2. Der Gemeinderat genehmigt nachfolgende Publikation:

Der Gemeinderat hat am 11. September 2018 auf der Grundlage von Art. 21 Abs. 1 des Baugesetzes, Landesgesetzblatt 2009 Nr. 44, in der geltenden Fassung, den ÜBERBAUUNGSPLAN „SCHWEFEL“, Vaduzer Grundstücke Nrn. 883, 884, 894, 895, 905, 971, 1611, 1635, 1636, 1637, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646 und 2683 vom 20. Juni 2018 erlassen.

Überbauungspläne sind gemäss Art. 26 Abs. 1 während 14 Tagen öffentlich aufzulegen. Die Unterlagen können nach telefonischer Vereinbarung (+423 237 78 70) vom 17. September 2018 bis 1. Oktober 2018 in der Gemeindebauverwaltung, Städtle 14, Vaduz, eingesehen werden.

Allfällige Einsprachen gegen den Überbauungsplan „Schwefel“ sind schriftlich und begründet innerhalb der Auflagefrist bei der Gemeinde (Bürgermeisteramt Vaduz, Postfach 283, 9490 Vaduz) einzureichen.

Beratungen:

Auf dem Grundstück Nr. 971 befindet sich der „Runde Büchel“, auf dem im Jahr 1945 ein bronzezeitliches Brandgrab gefunden worden ist. Nachdem damals die Fundstelle nicht vollständig untersucht worden ist, lassen sich keine Aussagen zur weiteren Fundsituation auf der Hügelkuppe sowie in der Umgebung des Hügels machen.

Ein Gemeinderat wünscht sich vom Überbauungsplan eine grössere Rücksicht auf den Lebensraum und die Kulturstätte im betroffenen Gebiet. Eine entsprechend alternative Planung auf den Grundstücken von Gemeinde und Bürgergenossenschaft würde den Runden Büchel als archäologische Kulturstätte und Landmarke schützen, sowie den Hügel in einen nach vorne offenen Spiel- und Lebensraum für die Bewohner und den Kindergarten im Quartier einbeziehen.

Die archäologische Fundstelle kann mit vorliegender Planung nicht unverändert und ungeschmälert im Boden erhalten bleiben und ist deshalb vor der Be-einträchtigung oder vollständigen Zerstörung archäologisch zu untersuchen und zu dokumentieren (Kulturgütergesetz, LGBl., Jg. 2016, Nr. 270).

Dieser Umstand und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen der Bauherrnschaft werden im Überbauungsplan angemessen berücksichtigt.

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen / 10 Ja-Stimmen / 12 Anwesende

Haldenweg, Vogelherd bis Bergstrasse Bauprojekt- und Kreditgenehmigung

Der Haldenweg ist ein Verbindungsweg vom Beckagässli bis zur Bergstrasse. Im unteren Bereich dient die Strasse als einzige befahrbare Erschliessung der Liegenschaften im Gebiet ‚Vogelherd‘. Ab dem ‚Forsthuus‘ (altes Forsthaus) ist er hauptsächlich ein Fussweg – nicht offiziell – aber auch ein Bewirtschaftungsweg für den Schutzwald in diesem Gebiet. Die Strassenbreite beträgt ca. 3.00 m, was eine einspurige Befahrung zulässt. Die Wegbreite ist gemäss Bestand ca. 2.75 m.

Im Zusammenhang mit einem vom Gemeinderat genehmigten Flächentausch wurde gleichzeitig eine eigenständige Wegparzelle geschaffen, die in ihren Dimensionen nun die Möglichkeit einer befahrbaren Verbindung von den Liegenschaften Haldenweg zur Bergstrasse für Notfälle oder besondere Umstände sicherstellen kann. Diese Wegparzelle ist maximal für Lieferwagen und Rettungsfahrzeuge dimensioniert. Lastwagenverkehr ist regulär nicht möglich – der bauliche Aufwand dazu wäre unverhältnismässig hoch.

Ein Teil der Wegverbindung zur Bergstrasse steht im Eigentum der Stiftung Fürst Liechtenstein. Sollte für Notfälle oder besondere Umstände eine Befahrung des Weges notwendig sein, so ist mit dieser Stiftung eine Rahmenvereinbarung über die Nutzung des Waldweges zu treffen.

In naher Zukunft muss der untere Bereich des Haldenweges saniert werden. Das bedeutet eine Sperrung dieses Abschnittes für einige Monate. Somit tritt zu diesem Zeitpunkt bereits eine Situation ein, die die Nutzung der neuen Wegverbindung notwendig machen wird, da sie dann als einzige Zu- und Wegfahrt für die Anwohner dienen muss und zudem eine Notfallversorgung darstellt.

Um die baulichen Massnahmen zu eruieren, hat der Gemeinderat am 13. März 2018 dem Ingenieurbüro Ingenium AG, Vaduz, einen Planungsauftrag erteilt und einen entsprechenden Planungskredit in Höhe von CHF 50'000.00 gesprochen.

Das Bauprojekt liegt nun vor und beinhaltet folgende baulichen Massnahmen:

Strassenbau

Die Strassenparzelle ist für die Befahrung für Lieferwagen dimensioniert. Die minimale Strassenbreite beträgt 2.80 m. Ein Kreuzen von Fahrzeugen ist nicht möglich. Die Fahrbahn soll mit Randabschlüssen und einem Bitumenbelag versehen werden. Aufgrund der Topographie des Geländes ist die Erstellung von diversen Stützmauern notwendig. Im Bereich des alten Forsthauses ist die Aussenwand des Untergeschosses der neuen privaten Überbauung gleichzeitig die Stützwand der Strasse. Die Strasse wird bis zum Ende der Gemeindeparzelle ausgebaut.

Das anfallende Regenwasser der Strasse wird über die Schulter, der obere Teil ins ‚Sennereitöbel‘ entwässert.

Abwasser

Keine Massnahmen notwendig.

Wasser

Keine Massnahmen notwendig.

Strassenbeleuchtung

Um für die Installation einer allfälligen Strassenbeleuchtung vorbereitet zu sein, soll eine Leerrohranlage verlegt werden. Kandelaber und Leuchten werden jedoch zum jetzigen Zeitpunkt keine verbaut.

Mit den Liechtensteinischen Kraftwerken und der Liechtensteinischen Gasversorgung sind betreffend die Erweiterung bzw. Ergänzung ihrer Werkleitungsnetze die notwendigen Koordinationsgespräche geführt worden. Sie haben keinen Bedarf angemeldet.

Kostenvoranschlag (inkl. MwSt.)

Strassenbau	CHF 1'105'000.00
Strassenbeleuchtung (Leerrohranlage)	<u>CHF 20'000.00</u>
Gesamt Baukosten Gemeinde	CHF 1'125'000.00
abzüglich Planungskredit (GRB 13.03.2018)	<u>CHF 50'000.00</u>
Verpflichtungskredit	CHF 1'075'000.00

Der Aufwand wird ins Budget 2019 / 2020 aufgenommen.

Terminplanung

Da zeitnah mit einer privaten Überbauung im Bereich Vogelherd begonnen wird, empfiehlt die Bauverwaltung Abteilung Tiefbau den Ausbau des gegenständlichen Strassenprojektes ebenfalls anzugehen, um so von gemeinsamen Einrichtungen etc. profitieren zu können. Der Terminplan sieht wie folgt aus:

Baubeginn	koordiniert mit privater Überbauung voraussichtlich Frühjahr 2019
Bauende	Sommer 2020

Diesem Antrag liegt bei:

- Haldenweg Bauprojekt Situation

Antrag:

Der Gemeinderat genehmigt das gegenständliche Bauprojekt Haldenweg, Vogelherd bis Bergstrasse und spricht den entsprechenden Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 1'075'000.00 (inkl. MwSt.).

Beratungen:

Da für den oberen Teil der Wegverbindung zur Bergstrasse (Eigentum der Stiftung Fürst Liechtenstein) keine Asphaltierung vorgesehen ist, soll beim vorliegenden Projekt zugunsten des Waldcharakters ebenfalls kein befestigter Strassenbelag erstellt werden.

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Schimmelgasse,
Kartennaweg bis Fürst-Franz-Josef-Strasse
Arbeitsvergabe Baumeister-, Pflasterungs- und Belagsarbeiten

Baumeisterarbeiten
(Offenes Verfahren)

Foser AG, Balzers	Gesamt:	CHF	463'557.20
	Anteil Gemeinde:	CHF	431'831.75

Pflasterungsarbeiten
(Offenes Verfahren)

Foser AG, Balzers		CHF	83'130.30
-------------------	--	-----	-----------

Belagsarbeiten
(Offenes Verfahren)

Gebrüder Hilti AG, Schaan		CHF	93'049.40
---------------------------	--	-----	-----------

Diesem Antrag liegen bei:

- Vergabeantrag Baumeisterarbeiten
- Vergabeantrag Pflasterungsarbeiten
- Vergabeantrag Belagsarbeiten

Ausstand: Gemeinderat Martin Gassner

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 12 Anwesende

Überbauung Lett,
Strassenbau Drescheweg, Lettstrasse, Weiherweg
Arbeitsvergaben

Baumeisterarbeiten
(Direktvergabe)

Brogle AG, Vaduz	Gesamt:	CHF	106'984.30
------------------	---------	-----	------------

Diesem Antrag liegt bei:

- Offertvergleich und Vergabeantrag

Ausstand: Gemeinderat Martin Gassner

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 12 Anwesende

Vereinsbeiträge 2018 - Sport

Ausgangslage

Zur Aufrechterhaltung der Vereinsvielfalt und zur Förderung der Vereinsjugend im speziellen, entrichtet die Gemeinde an die auf der Vereinsliste aufgeführten Vaduzer Ortsvereine jährlich einen finanziellen Beitrag. Die Berechnung der Vereinsbeiträge stützt sich auf das „Reglement über die Gewährung von Beiträgen an Sportvereine“.

Die Unterlagen zur Festlegung des jährlichen Gemeindebeitrages sind jeweils bis spätestens 30. Juni an die Gemeinde Vaduz vollständig einzureichen.

Behandlung in der Sportkommission

Im laufenden Jahr haben 18 beitragsberechtigte Sportvereine (Vorjahr 17) ein Gesuch für die Gewährung des Vereinsbeitrages 2018 bei der Gemeindeverwaltung eingereicht. Die Kanzlei hat die eingegangenen Antragsformulare einer Vorprüfung unterzogen.

Die Sportkommission befasste sich am 29. August 2018 ausführlich mit den Gesuchen der Vaduzer Sportvereine. Die vorliegenden Berechnungsergebnisse wurden auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Plausibilität hin geprüft und vereinzelt – im Sinne des Reglements – angepasst.

Die Sportkommission befürwortet die Auszahlung der Beiträge an die Vaduzer Sportvereine gemäss vorliegender Liste.

Diesem Antrag liegt bei:

- Liste Vereinsbeiträge 2018

Antrag:

Der Gemeinderat genehmigt die Auszahlung der Vereinsbeiträge 2018 an die Vaduzer Sportvereine von insgesamt CHF 101'593.00.

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Vereinsbeiträge 2018 - Kultur

Ausgangslage

Zur Aufrechterhaltung der Vereinsvielfalt und zur Förderung der Vereinsjugend im speziellen, entrichtet die Gemeinde an die auf der Vereinsliste aufgeführten Vaduzer Ortsvereine jährlich einen finanziellen Beitrag. Die Berechnung der Vereinsbeiträge stützt sich auf das „Reglement über die Gewährung von Beiträgen an kulturelle Vereine“.

Die Unterlagen zur Festlegung des jährlichen Gemeindebeitrages sind jeweils bis spätestens 30. Juni an die Gemeinde Vaduz vollständig einzureichen. Gleichzeitig sind auch Anträge für Sonderbeiträge (Uniformen, Musikinstrumente und Schulungen) zu stellen.

Behandlung in der Kulturkommission

Im laufenden Jahr haben wiederum 16 beitragsberechtigte Kulturvereine ein Gesuch für die Gewährung des Vereinsbeitrages 2018 bei der Gemeindeverwaltung eingereicht. Die Kanzlei hat die eingegangenen Antragsformulare einer Vorprüfung unterzogen.

Die Kulturkommission befasste sich am 27. August 2018 eingehend mit den Gesuchen der Vaduzer Kulturvereine. Die vorliegenden Berechnungsergebnisse wurden auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Plausibilität hin geprüft und vereinzelt – im Sinne des Reglements – angepasst.

Die Kulturkommission befürwortet die Auszahlung der Beiträge an die Vaduzer Kulturvereine gemäss vorliegender Liste.

Diesem Antrag liegt bei:

- Liste Vereinsbeiträge 2018

Antrag:

Der Gemeinderat genehmigt die Auszahlung der Vereinsbeiträge 2018 an die Vaduzer Kulturvereine über insgesamt CHF 233'103.00.

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Bestellung eines Datenschutzbeauftragten

Gemäss Art. 37 bis 39 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) haben „Behörden oder öffentliche Stellen“, worunter u. a. die Gemeinden zu verstehen sind, einen Datenschutzbeauftragten (DSB) zu benennen. Es ist möglich, dass ein gemeinsamer DSB bestellt wird. Voraussetzung für die Tätigkeit als DSB sind u. a. die berufliche Qualifikation und Fachwissen. Zu beachten ist, dass die Tätigkeit als DSB nicht zu einem Interessenskonflikt führt.

Die Gemeindevorsteher haben sich darauf verständigt, dass die Gemeinden einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten in der Person von Dr. Philipp Mittelberger benennen. Er war von Ende 2002 bis 2017 Leiter der Datenschutzstelle Liechtenstein und damit eine ausgewiesene Fachperson. Seitdem ist er bei Batliner Wanger Batliner, Rechtsanwälte AG, tätig, wo er sich ausschliesslich mit Datenschutz beschäftigt; dies auch für andere Kunden, sodass sinn- und wertvolle Synergien entstehen können. Die Gemeinde Schaan führt mit Dr. Philipp Mittelberger für alle Gemeinden die Vorarbeiten für die Umsetzung der DSGVO und später des neuen Datenschutzgesetzes durch. Er verfügt damit bereits über das notwendige Hintergrundwissen und die Einblicke in die Verfahren bei Gemeinden.

Die Gemeinden haben der Datenschutzstelle den DSB zu melden, und zwar jede Gemeinde einzeln (keine Sammelmeldung „gemeinsamer DSB“).

Für gemeinsame Fragen/Anliegen ist weiterhin die Gemeinde Schaan zentral für alle Gemeinden tätig.

Diesem Antrag liegt bei:

- Vertragsentwurf über die Tätigkeit als externer Datenschutzbeauftragter

Antrag:

Der Gemeinderat benennt Dr. Philipp Mittelberger zum Datenschutzbeauftragten der Gemeinde Vaduz.

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen / 12 Ja-Stimmen / 13 Anwesende

Kauf / Tausch:

Vad. Grundstück Nr. 2291 mit Sch. Grundstück Nr. 3016

Der Gemeinde Vaduz wurde über die Anwaltskanzlei Roth + Partner AG, Triesen, das Schaaner Grundstück Nr. 3016 zum Kauf angeboten.

Eine Marktwert-Expertise diente der einvernehmlichen Kaufpreisermittlung.

Beschreibung des Schaaner Grundstückes Nr. 3016:

- Grundfläche: 2'290 m² / 636.7 Klafter
- Zone: Landwirtschaftszone LW (Rüttile)
- Kaufpreis: CHF 350.00 / Klafter = CHF 222'845.00

Grundsätzlich kauft bzw. tauscht die Gemeinde Vaduz keine Grundstücke in anderen Gemeinden. In der Vergangenheit wurden jedoch verschiedentlich mit der Gemeinde Schaan Landwirtschaftsflächen in deren Hoheitsgebiet mit Landwirtschaftsflächen auf Vaduzer Hoheitsgebiet und im Eigentum der Gemeinde Schaan stehend, getauscht.

Solche Tauschgeschäfte müssen im Interesse beider Gemeinden sein. Mit dem gegenständlichen Kauf des Schaaner Grundstückes Nr. 3016 durch die Gemeinde Vaduz kann in Folge ein wertgleicher Tausch mit einer Teilfläche des Vaduzer Grundstückes Nr. 2291 – im Eigentum der Gemeinde Schaan stehend – eingeleitet werden.

Ab dieser grossen Landwirtschaftsparzelle des Vaduzer Grundstückes Nr. 2291, zwischen Binnenkanal und Neufeldweg gelegen, gelangten wie erwähnt, bereits mehrmals Teilflächen im selben Verfahren in das Eigentum der Gemeinde Vaduz.

Zum wertgleichen Tausch auf Basis einer weiteren Marktwert-Expertise steht somit eine Teilfläche des Vaduzer Grundstückes Nr. 2291 (neu 3139) zur Verfügung:

- Grundfläche: 4'528 m² / 1'259 Klafter
- Zone: Landwirtschaftszone LW (Neufeld)
- Tauschwert: CHF 177.00 / Klafter = CHF 222'845.00

Mit diesem Grunderwerb bzw. gleichzeitigen Tausch kann die Gemeinde Vaduz ihren Bestand beim angrenzenden Vaduzer Grundstück Nr. 2295 im Perimeter Neufeld arrondieren, wodurch der strategische Handlungsspielraum – auch hinsichtlich einer landwirtschaftlichen Verpachtung – wesentlich erhöht wird.

Die Grunderwerbskommission hat dieses Angebot geprüft und befürwortet einstimmig diesen Kauf sowie den gleichzeitigen Tausch mit der Gemeinde Schaan. Die Liegenschaftskommission der Gemeinde Schaan als auch der Schaaner Gemeinderat sprachen sich ebenfalls für dieses Kauf- und Tauschgeschäft aus.

Diesem Antrag liegen bei:

- Marktwert-Expertise Sch. Grundstück Nr. 3016 vom 23. Januar 2018
- Marktwert-Expertise Vad. Grundstück Nr. 2291 vom 24. August 2018
- Mutation zu Vad. Grundstück Nr. 2291 (neu Nr. 3139)

Antrag:

1. Der Gemeinderat befürwortet den Kauf des Sch. Grundstücks Nr. 3016 mit einer Gesamtfläche von 2'290 m² und gewährt hierfür einen Kredit in Höhe von CHF 222'845.00.
2. Der Gemeinderat befürwortet den wertgleichen Tausch des o. g. Schaaner Grundstücks Nr. 3016 gegen eine Teilfläche des Vaduzer Grundstücks Nr. 2291 mit einer Fläche von 4'528 m².
3. Der Bürgermeister wird bevollmächtigt, die entsprechenden Kauf-/Tauschverträge abzuschliessen.

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Stiftung Spitalaufonds,
Statutenrevision 2018

Der „Spitalaufonds der Gemeinde Vaduz“ (genannt: Spitalaufonds) wurde mit Beschluss des Gemeinderates vom 20. November 1948 errichtet. Das Vermögen des Spitalaufonds wird seither als vom Gemeindevermögen abgesondertes Vermögen verwaltet.

Der Zweck der Stiftung ist der Bau, der Unterhalt und der Betrieb eines Spitales, Alters- oder eines Pflegeheimes in Vaduz.

Statutenanpassungen fallen bei allen gemeindeeigenen Stiftungen in die Kompetenz des Gemeinderates, weswegen er über die nachstehend beantragte Modifikation zu befinden hat.

Umsetzung Anlagereglement

In den Statuten ist festgehalten, dass das Fondsvermögen gemäss den Vorgaben des Anlagereglements der Gemeinde Vaduz anzulegen und zu bewirtschaften ist (Art. 5 Abs. 2).

Der Stiftungsrat hält fest, dass die Anlagestrategie des Spitalaufonds nicht vollständig mit derjenigen der Gemeinde übereinstimmt. Es gibt in den Zielstrukturen (strategische Asset Allocation (SAA)) als auch in den verwendeten Indices für die Benchmark Unterschiede zwischen den beiden Mandaten.

Die beim Spitalaufonds verwendete SAA kommt aus dem Jahr 2014. Seit dieser Zeit wurden bei der Gemeinde Vaduz periodisch Anpassungen bei der SAA und den Indices gemacht. Dies jeweils auf Basis des veranlagten Finanzvermögens – welches ein Mehrfaches des Spitalaufondsvermögens beträgt – und den Ansprüchen der Gemeinde. Diese Anpassungen wurden beim Spitalaufonds bisher nicht umgesetzt, da sie zum Teil nicht dessen Bedürfnissen entsprechen.

Beispielsweise ist bei der Gemeinde eine 20%ige Allokation in der Liquidität definiert. Der Spitalaufonds hat keinen hohen Liquiditätsbedarf, weshalb keine flüssigen Mittel gehalten werden (müssen). Dies wiederum verschiebt die übrigen Quoten.

Angesichts der unterschiedlichen Anlageziele (Kapitalerhalt vs. Erzielung Mindestrendite) und Vermögensgrössen, der Mandatsstruktur (Direktmandat vs. Mischmandat) sowie den sich permanent verschärfenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen erachtet es der Stiftungsrat des Spitalaufonds nicht als zielführend, an die Vorgaben des Anlagereglements der Gemeinde gebunden zu sein.

In der Praxis erfolgt die Anpassung des Anlagereglements über Empfehlung der Finanzkommission durch Beschluss des Gemeinderates. Ein automatischer Nachvollzug birgt die Gefahr, dass ein etwaiger Gemeinderatsbeschluss von den Interessen des Spitalaufonds abweichen könnte.

Das Fondsvermögen soll weiterhin sicher, diversifiziert und ertragsbringend angelegt sein.

Der Stiftungsrat des Spitalaufonds genehmigte die vorliegende Statutenrevision an seiner Sitzung vom 16. April 2018.

Diesem Antrag liegen bei:

- Statuten „Spitalaufonds der Gemeinde Vaduz“ (Entwurf)
- Gegenüberstellung der Statuten vom 17.12.1913 und 11.09.2018

Antrag:

Der Gemeinderat genehmigt die revidierten Statuten des „Spitalaufonds der Gemeinde Vaduz“.

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Tour de Ski 2019/2020,
Unterstützungsbeitrag**Ausgangslage**

Der Liechtensteinische Skiverband (LSV) beabsichtigt, zwei Langlauf Weltcuprennen im Rahmen der „Tour de Ski“ in den Wintersaisons 2019/2020 und 2020/2021 in Vaduz durchzuführen. Hierfür müsste der LSV seine definitive Kandidatur für die Austragung der beiden Rennen anlässlich des FIS-Kongresses bis zum 25. September 2018 bei der FIS (Internationaler Ski-Verband) einreichen. Da die Austragung dieser Anlässe für den LSV ohne die Unterstützung mit öffentlichen Geldern nicht möglich ist, unterbreitete die Regierung dem Landtag im Vorfeld der Kandidatur den vorliegenden Bericht und Antrag betreffend einen Verpflichtungskredit für die Durchführung von zwei Langlauf Weltcuprennen im Rahmen der „Tour de Ski“ in den Wintersaisons 2019/2020 und 2020/2021 in Vaduz. Der Landtag stimmte am 5. September 2018 für den angesuchten Landesbeitrag von CHF 800'000.00 und gab seinerseits grünes Licht für die „Tour de Ski“-Etappen.

Die Tour de Ski ist ein mehrtägiges Langlauf-Etappenrennen durch die Alpen, welches jeweils Anfang Jahr stattfindet. Neben Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften ist die Tour de Ski die wichtigste Veranstaltung im Langlauf-Weltcupkalender. Durch die geografische Lage Liechtensteins würden sich die Wettkämpfe in Vaduz ideal in die Tour eingliedern.

Der LSV und der Nordic Club Liechtenstein haben in den letzten Jahren im Rahmen des EYOF 2015 (Europäisches Olympisches Jugendfestival) und den Langlauf-Schweizermeisterschaften 2018 gezeigt, dass sie solche Grossanlässe professionell durchführen können.

Mediale Plattform für Vaduz

Die Tour de Ski Etappen sollen im Zentrum von Vaduz als Citysprints ausgetragen werden. Hierfür hat der LSV eine Rennstrecke ausgearbeitet, die sowohl für eine Sprintetappe ideal ist und zugleich den Hauptort Vaduz bestmöglich präsentiert. Die Strecke bietet eine gute Schlosssicht mit dem Zielgelände auf dem „Peter-Kaiser-Platz“.

Die Anlässe bieten eine attraktive mediale Plattform für Liechtenstein und die Gemeinde Vaduz. Die Tour de Ski wird in zahlreichen Ländern live übertragen. Zudem ist eine Berichterstattung im Vorfeld der Veranstaltung wie auch im Nachhinein über die Resultate im Rahmen von Sportprogrammen zu erwarten. So wurden im Januar 2017 mit der Langlauf Sprintetappe in Lenzerheide rund 80 Mio. TV-Zuschauer aus 16 Ländern erreicht. Es ist davon auszugehen, dass für die Tour de Ski Sprints in Vaduz mit derselben Zuschauerzahl zu rechnen ist. Zusätzlich zu dieser Medienpräsenz im Fernsehen wird auch eine weitreichende Berichterstattung in den Printmedien und Social Media erfolgen.

Die Gelegenheit zur internationalen Vermarktung sollte auch von Liechtenstein und seinem Hauptort Vaduz genutzt werden. So bieten Sportanlässe eine ideale Möglichkeit zur Imagepflege. Als Gastgeber von internationalen Sportwettkämpfen kann ein positives Bild der Gemeinde Vaduz vermittelt und ein wichtiger Beitrag zur Sportförderung im Land geleistet werden.

Schneeproduktion für Wettkampfstrecke

Für die Durchführung einer Tour de Ski Etappe im Rahmen des Langlauf-Weltcups benötigt es eine Schneegarantie vom Veranstalter. Deshalb muss die notwendige Schneemenge für einen Tour de Ski Wettkampf in Vaduz, wie in nahezu allen Austragungsorten, mittels Schneekanonen produziert werden. Der LSV plant die Schneeproduktion im Steg und den Schnee von dort nach Vaduz zu transportieren, wo er zur fertigen Loipe verarbeitet wird.

Dieses Vorgehen hat nach einer ersten Abschätzung des LSV keine gravierenden, das Konzept erschwerende, Umweltauswirkungen zur Folge. Dennoch muss die Schneeproduktion hinsichtlich der Umweltaspekte, insbesondere aufgrund der Wasserentnahme aus der Samina, im weiteren Verlauf der Organisation genau geklärt werden. Mit den zuständigen Amtsstellen und

unter Einbezug aller Betroffenen – wie etwa dem Fischereiverein und den Liechtensteinischen Kraftwerken – ist festzulegen, wie die Wasserentnahme im Hinblick auf die Umweltauswirkungen am besten zu erfolgen hat.

Kosten und Budget

Gemäss den Abklärungen des LSV ist pro Etappe bzw. Jahr mit einem Aufwand von rund CHF 1.00 Mio. zu rechnen. Dies zeigt auch ein Vergleich mit den beiden Austragungsorten Lenzerheide und Val Müstair. Der LSV beantragt für die Durchführung einer Tour de Ski Etappe CHF 100'000.00 von der Gemeinde Vaduz. Weitere CHF 400'000.00 werden beim Land Liechtenstein angesucht. Dies ist ebenfalls vergleichbar mit der Tour de Ski in Lenzerheide oder Val Müstair, wo durch die öffentliche Hand rund CHF 500'000.00 beigesteuert werden.

Der Verpflichtungskredit für die Austragung der zwei Tour de Ski Etappen in Vaduz im Winter 2019/2020 und 2020/2021 beläuft sich somit auf jeweils CHF 100'000.00 bzw. insgesamt CHF 200'000.00. Es wird für beide Durchführungen mit einem identischen Budget gerechnet.

Weitere Einnahmen von gesamthaft CHF 1.00 Mio. erwartet der Veranstalter durch Sponsoring, Stiftungsbeiträge, Inserate, Ticketing und Festwirtschaft.

Vorstellung im Gemeinderat

Anlässlich seiner Sitzung vom 3. Juli 2018 begrüsst der Gemeinderat im Grundsatz das ihm präsentierte Konzept zur Tour de Ski Etappe in Vaduz. Er erkannte grosses Potenzial für diesen Grossanlass mitten im Zentrum, der mit grossem Engagement des LSV und rund 4'000 Stunden Freiwilligenarbeit umgesetzt würde.

Der Veranstalter hat gemeindespezifische Auflagen in enger und frühzeitiger Zusammenarbeit mit allen zuständigen Stellen zu erfüllen. Dabei sind besonders zu beachten:

- sicherheitsrelevante Belange
- konkrete Routenfestlegung
- provisorische Verkehrsführung
- Erreichbarkeit der betroffenen Anwohner, Betriebe und Geschäfte während der Veranstaltung
- Nutzung von öffentlichem Strassen- und Parkraum
- Nutzung von gemeindeeigenen Schulräumen und Veranstaltungsstätten.

Diesem Antrag liegen bei:

- Bericht und Antrag der Regierung betr. eines Verpflichtungskredites für die Tour de Ski
- Stellungnahme Sportkommission/Liechtenstein Olympic/Stubstelle für Sport
- Stellungnahme LieMarketing
- Fernsehübertragungszeiten TdS Lenzerheide Sprint 2017 (FIS)
- Preisgelder und Reglement Tour de Ski
- Studie Langlauf Weltcup in Bern 2004 – Bundesamt für Sport/Uni Bern

Antrag:

1. Für die Durchführung eines Langlauf Weltcuprennens im Rahmen der „Tour de Ski“ in der Wintersaison 2019/2020 in Vaduz spricht der Gemeinderat einen Unterstützungsbeitrag in Höhe von maximal CHF 100'000.00 (inkl. MwSt.). Der Beitrag wird nur gewährt, wenn der Liechtensteinische Skiverband von der Fédération Internationale de Ski (FIS) den Zuschlag erhält.
2. Nach Vorliegen des Abschlussberichtes der „Tour de Ski“ (Wintersaison 2019/2020) wird der Gemeinderat im Frühjahr 2020 über einen allfälligen Unterstützungsbeitrag zur „Tour de Ski“ in der Wintersaison 2020/2021 befinden.

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Videoüberwachung Vaduzer Zentrum,
Projektabschlussrechnung

Das Projekt konnte per Mitte August 2018 erfolgreich abgeschlossen werden.

Zusammenstellung der Kosten:

Kredit (GRB 046/2017)		CHF	160'000.00
Gesamtkredit		CHF	160'000.00
Bauabrechnung		CHF	137'075.25
Minderkosten	- 14.32 %	CHF	22'924.75

Diesem Antrag liegen bei:

- Schreiben der Landespolizei vom 14. August 2018
- Kostenaufstellung Konto Videoüberwachungsanlage

Antrag:

Der Gemeinderat genehmigt die Projektabschlussrechnung der Videoüberwachung im Vaduzer Zentrum/Städle im Betrag von CHF 137'075.25 (inkl. MwSt.).

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Schwimm- und Badeanstalt Mühleholz,
Erneuerung Steuerungsanlage und Neuersatz Rutschbahn Erlebnisbecken,
Bauabrechnung

Die Gemeinden Schaan und Vaduz haben für die Erneuerung der Steuerungsanlage und einen Neuersatz der Rutschbahn des Erlebnisbeckens im Schwimmbad Mühleholz Nachtragskredite von jeweils CHF 50'000.00 und somit total CHF 100'000.00 genehmigt.

Zusammenstellung der Kosten Gemeinden Schaan und Vaduz:

Nachtragskredit		CHF	100'000.00
Gesamtkredit		CHF	100'000.00
Bauabrechnung		CHF	83'932.05
Minderkosten	- 16.07 %	CHF	16'067.95

Zusammenstellung der Kosten Gemeinde Vaduz:

Nachtragskredit (GRB 056/2018)		CHF	50'000.00
Gesamtkredit		CHF	50'000.00
Bauabrechnung		CHF	41'966.05
Minderkosten	- 16.07 %	CHF	8'033.95

Antrag:

Der Gemeinderat genehmigt die Bauabrechnung des Anteils der Gemeinde Vaduz für die Erneuerung der Steuerungsanlage und einen Neuersatz der Rutschbahn des Erlebnisbeckens im Schwimmbad Mühleholz zum Betrag von CHF 41'966.05 (inkl. MwSt.).

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Rheinpark Stadion
Erweiterung Beachvolleyball Anlage.
Bauabrechnung

Zusammenstellung der Kosten:

Kredit (GRB 056/2018)		CHF	110'000.00
Gesamtkredit		CHF	110'000.00
Bauabrechnung		CHF	106'388.55
Minderkosten	- 3.3 %	CHF	3'611.45

Antrag:

Der Gemeinderat genehmigt die Bauabrechnung für die Erweiterung der Beachvolleyball Anlage im Betrag von CHF 106'388.55 (inkl. MwSt.).

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Verkehrsknoten Kirchstrasse,
Gerberweg, Giessenstrasse Sanierung,
Bauabrechnung

Nachdem die Arbeiten für dieses Projekt abgeschlossen sind, liegt die entsprechende Bauabrechnung vor.

Zusammenstellung der Kosten:

Verpflichtungskredit (GRB 43/2017)		CHF	100'000.00
Ergänzungskredit (GRB 53/2018)		CHF	15'000.00
Gesamtkredit		CHF	115'000.00
Bauabrechnung		CHF	108'019.95
Minderkosten	- 6.07 %	CHF	6'980.05

Antrag:

Der Gemeinderat genehmigt die Bauabrechnung für die Sanierung des Verkehrsknoten Kirchstrasse, Gerberweg, Giessenstrasse zum Betrag von CHF 108'019.95 (inkl. MwSt.).

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Umlegung Irkalesbach Bereich Werkhof, Wuhrstrasse 30,
Bauprojekt

Im Werkhofareal der Gemeinde Vaduz, Wuhrstrasse 30, sind ein Teilabbruch des Werkbetriebes und der Neubau eines Dienstleistungsgebäudes vorgesehen. In diesem Zusammenhang muss der bestehende Irkalesbach umgelegt werden. Die Umlegung wird vorerst nur innerhalb der Baugrube des Hochbauvorhabens erfolgen. Die Unterquerung der Zollstrasse wird – falls erforderlich – zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Sämtliche vorsorgliche Massnahmen sind jedoch bereits in dieser Planung berücksichtigt.

Bei der Wahl der horizontalen Linienführung des Irkalesbaches wurde auf die Gebäudestatik Rücksicht genommen. Die Leitung unter dem Gebäude wird mit einem duktilen Gussrohr mit innen- und aussenseitiger Zementmörtelbeschichtung ausgeführt.

Für die Umlegung des Irkalesbaches sind zwei Kontrollschächte aus Ortsbeton erforderlich. Der nördliche Kontrollschacht wird direkt an die Aussenwand des Hochbaus angebaut und der südliche Kontrollschacht wird im Bereich der Zufahrtsrampe zur Tiefgarage in das Hochbauprojekt integriert.

Aufgrund der Tiefenlage des Grundwasserspiegels muss für die Umlegung des Irkalesbaches eine Wasserhaltung vorgesehen werden. Ebenso muss durch die Tiefenlage des Irkalesbaches die Baugrubenumschliessung im Bereich der beiden Kontrollschächte tiefer eingebunden werden.

Während der Bauzeit wird die Wasserführung des Irkalesbaches, welcher vom Binnenkanal dotiert wird, gedrosselt und innerhalb der Baugrube mit einem Rohrprovisorium umgeleitet.

Für die Umsetzung des Bauvorhabens (Umlegung Irkalesbach) ergibt sich folgender zeitlicher Ablauf:

- Baubeginn Anfang Februar 2019
- Bauende Ende März 2019

Realisierungsdauer: ca. 8 Wochen

Die Gesamtkosten für die Umlegung des Irkalesbaches im Bereich des Werkhofes, Wuhrstrasse 30, betragen CHF 375'000.00 inkl. MwSt.

Die diesbezüglichen Aufwendungen sind im Budget 2018/2019 abgedeckt.

Diesem Antrag liegt bei:

- Situation 1:250

Antrag:

Der Gemeinderat genehmigt das gegenständliche Bauprojekt Umlegung Irkalesbach, Bereich Werkhof, Wuhrstrasse 30, im Betrag von CHF 375'000.00 inkl. MwSt. und gewährt den entsprechenden Verpflichtungskredit.

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Umlegung Irkalesbach Bereich Werkhof, Wuhrstrasse 30,
ArbeitsvergabenBKP 170.00 Tiefbauarbeiten Los 3

(Offenes Verfahren oberhalb der Schwellenwerte
in Zusammenhang mit Bebauung Wuhrstrasse 30)

Frickbau AG, Schaan CHF 214'673.60

Diesem Antrag liegt bei:

- Offertvergleich und Vergabeantrag

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Bebauung Wuhrstrasse 30,
ArbeitsvergabenBKP 170.00 Tiefbauarbeiten Los 1 + Los 2

(Offenes Verfahren oberhalb der Schwellenwerte)

Frickbau AG, Schaan CHF 723'213.25

Diesem Antrag liegt bei:

- Offertvergleich und Vergabeantrag

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Primarschule Ebenholz Sanierung Plus,
ArbeitsvergabenBKP 211.01 Baumeisterarbeiten LV1 (Klassentrakt)

(Auftragserweiterung – Nachtrag Nr. 70)

Bühler Bauunternehmung AG, Triesenberg CHF 115'138.65

BKP 244.00 Lüftungsanlagen

(Auftragserweiterung – Nachtrag Nr. 71)

ASAG AG, Schaan CHF 42'705.25

BKP 235.10 Medientechnik

(Direktvergabe)

Mediasens AG, Schaan CHF 100'955.50

BKP 235.20 Bühnentechnik Aula

(Direktvergabe)

Eventpartner Pro AG, Vaduz CHF 99'765.30

BKP 244.01 Lüftungsinstallationen (Alte Schule)

(Direktvergabe)

Elmo Installationen AG, Vaduz CHF 34'697.15

BKP 902.01 Wandtafeln

(Direktvergabe)

Hunziker AG, Thalwil CHF 64'986.25

BKP 215.20 Fassadenverkleidung

(Offenes Verfahren oberhalb Schwellenwert)

Andreas Frick AG, Balzers CHF 810'604.80

BKP 215.50 Fassadenverkleidungen in Alu

(Direktvergabe)

Hilti Glasbau AG, Schaan CHF 86'487.40

BKP 233.00 Leuchten und Lampen

(Auftragserweiterung – Nachtrag Nr. 76)

Risch Elektro-Telecom Anstalt, Triesen CHF 78'189.70

BKP 215.55 Fassade Dachrandabdeckungen

(Direktvergabe)

Eberle Gebäudehülle AG, Schaan CHF 104'310.15

Diesem Antrag liegen bei:

- Offertvergleiche und Vergabeanträge

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Tagesschule Ebenholz Neubau,ArbeitsvergabenBKP 273.31 Schreinerarbeiten Los 1 – Schränke und Blockrahmen

(Offenes Verfahren)

E. Schurte AG, Triesen CHF 203'705.90

BKP 235.10 Medientechnik

(Direktvergabe)

Mediasens AG, Schaan	CHF	106'911.75
----------------------	-----	------------

BKP 215.20 Fassadenverkleidung

(Offenes Verfahren oberhalb Schwellenwert)

(in Zusammenhang mit der Primarschule Ebenholz Sanierung Plus)

Andreas Frick AG, Balzers	CHF	697'565.40
---------------------------	-----	------------

Diesem Antrag liegen bei:

- Offertvergleiche und Vergabeanträge

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Pfarrhaus und Kaplanei,
Umbau ArbeitsvergabenBKP 224 Bedachungsarbeiten

(Direktvergabe)

Eberle Gebäudehülle AG, Schaan	CHF	62'702.95
Kostenvoranschlag (inkl. MwSt.)	CHF	69'000.00

BKP 228 Fensterläden in Holz

(Direktvergabe)

Sprenger AG, BERN	CHF	44'842.60
Kostenvoranschlag (inkl. MwSt.)	CHF	25'000.00

BKP 271 Innere Gipserarbeiten

(Direktvergabe)

Gipserei Claudio Cazzato, Vaduz	CHF	56'744.90
Kostenvoranschlag (inkl. MwSt.)	CHF	55'500.00

BKP 273 Schreinerarbeiten

(Direktvergabe)

Ferdi Frick Anstalt, Vaduz	CHF	54'183.40
Kostenvoranschlag (inkl. MwSt.)	CHF	55'000.00

Alle Arbeiten können gemäss ÖAWG als Direktvergaben behandelt werden. Die Abweichungen der einzelnen Arbeitsvergaben zum Budget kann in der Summe kompensiert werden. Somit sind keine Kostenüberschreitungen zu erwarten.

Diesem Antrag liegen bei:

- Offertvergleiche und Vergabeanträge

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Verlängerung der Kontrollintervalle bei Öl-/Gasfeuerungen

Die Regierung hat im Rahmen der Aufgabenanalyse das Amt für Umwelt beauftragt, eine Verlängerung der Kontrollintervalle bei Öl- und Gasfeuerungen bis 1'000 kW zu prüfen. Heute werden diese Anlagen jährlich kontrolliert.

In der Schweiz wurde die revidierte Luftreinhalteverordnung (CH-LRV) am 11. April 2018 vom Bundesrat verabschiedet. Im Rahmen der anstehenden Revision der Liechtensteinischen Luftreinhalteverordnung (FL-LRV) soll geprüft werden, ob eine Angleichung an das Schweizerische Vollzugsniveau, d.h. ein Kontrollintervall von zwei Jahren bei Öl- und von vier Jahren bei Gasheizungen erfolgen soll.

Bei einer Verlängerung der Kontrollintervalle können mangelhafte Anlagen im Vergleich zum derzeitigen jährlichen Kontrollintervall über einen längeren Zeitraum Mehremissionen ausstossen. Hierzu wurden verschiedene Berechnungen durchgeführt. Diese ergaben Mehremissionen im Umfang von 1.7 bis 4.2 Tonnen Stickoxide (NO₂) pro Jahr, bzw. 7.3 bis 18.6%. Diese Mehremissionen entsprechen einer landesweiten Zunahme von 0.3 - 0.8% NO₂-Emissionen.

Selbst unter Berücksichtigung der gesamten NO₂-Emissionen im Land ist trotz dieser geringfügigen Mehremissionen mit keinem messbaren Einfluss auf die NO₂-Immissionskonzentrationen in der Luft zu rechnen. Aus lufthygienischer Sicht ist somit eine Anpassung an das Vollzugs- und Umweltschutzniveau der Schweiz grundsätzlich vertretbar.

Seit 2005 sind im Land ca. 2'000 Anlagen saniert bzw. durch erneuerbare Energien ersetzt worden, ca. 95% der Anlagen halten heute die geforderten Grenzwerte ein. Somit weist der Bestand ein sehr gutes Niveau aus.

Die Verlängerung der Kontrollintervalle ist jedoch mit verschiedenen organisatorischen Fragen verbunden, welche auch die Feuerungskontrolleure und die Gemeinden betreffen. Die Regierung hat das Amt für Umwelt entsprechend beauftragt, mit den Feuerungskontrolleuren und den Gemeinden die Auswirkungen von verlängerten Kontrollintervallen zu erörtern.

Seitens der Feuerungskontrolleure wird festgehalten, dass es zu Einkommenseinbussen und zu Stellenabbau in kleineren Betrieben kommen wird. Bei den Gemeinden wird es zu keinem Mehraufwand kommen.

Bis zum 17. September 2018 sollen die Gemeinden dem Amt für Umwelt allfällige Anliegen bzw. ihre Position mitteilen. Das Amt für Umwelt wird die Gemeinden in der zweiten Septemberhälfte über den aktuellen Stand der Abklärungen informieren.

Die Regierung hat das Amt für Umwelt beauftragt, der Regierung bis Ende November 2018 die Ergebnisse der Abklärungen und einen Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Diesem Antrag liegen bei:

- Präsentation Gemeinden 26.06.2018
- Schreiben vom Amt für Umwelt 4. April 2018
- Schreiben an Amt für Umwelt (Entwurf)

Antrag:

Der Gemeinderat befürwortet die Anpassung der Kontrollintervalle an das Vollzugsniveau der Schweiz.

Beschluss:

Gemäss Antrag angenommen, einstimmig / 13 Anwesende

Ewald Ospelt, Bürgermeister

Ein Sechstel der Stimmberechtigten kann durch ein begründetes schriftliches Begehren die Behandlung von Beschlüssen des Gemeinderates in der Gemeindeversammlung verlangen. Voraussetzung dafür ist, dass es sich dabei um referendumsfähige Beschlüsse gemäss Art. 41 des Gemeindegesetzes handelt. Referendumsbegehren sind spätestens 14 Tage nach Kundmachung beim Bürgermeister anzumelden. Die Frist zur Einreichung der erforderlichen Unterschriften beträgt ein Monat ab Kundmachung des Beschlusses:

Tag der Kundmachung: 04. Oktober 2018